



Dresden.
Dresdner

Landeshauptstadt Dresden · Postfach 12 00 20 · 01001 Dresden

Landeshauptstadt Dresden
Der Oberbürgermeister

Ausschuss für
Petitionen und
Bürgerbeteiligung

Ihr Zeichen

Datum

26. APR. 2021

**E-Petition „Neues Verwaltungsgebäude Ferdinandplatz“
P0054/21**

Sehr geehrter

Ihre Petition wurde in der letzten Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung am 31. März 2021 abschließend behandelt. Nach eingehender Prüfung des Sachverhaltes wurde festgestellt, dass Ihrer Petition leider nicht abgeholfen werden kann. Die Kopie der Beschlussausfertigung füge ich diesem Schreiben bei.

Zum Hintergrund des Beschlusses gebe ich Ihnen folgende Informationen aus der Prüfung Ihres Anliegens durch den zuständigen Geschäftsbereich Finanzen, Personal und Recht zur Kenntnis:

„Bereits in der frühen Phase der Planung des Neuen Verwaltungszentrums am Ferdinandplatz war es der Stadtverwaltung Dresden ein wichtiges Anliegen, die Dresdnerinnen und Dresdner in den Planungsprozess einzubinden. Im Jahr 2018 wurden drei Beteiligungsformate durchgeführt.

Im Rahmen des Zukunftsstadtprojektes konnten sich Interessierte in einer „Zukunftsbahn“ über das Projekt informieren und ihren Input geben. Während einer üblichen Straßenbahnfahrt hatten die Fahrgäste die Möglichkeit, unter der Überschrift „Stadtverwaltung der Zukunft“ ihre Wünsche und Erwartungshaltungen mit einem Klebezettel mitzuteilen. Die Linien 2 und 7 der DVB fuhren am 23. August 2018 durch Dresden. Insgesamt gab es 396 Kommentare, Anmerkungen, Ideen sowie Lob und Kritik.

Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DES8 8505 0300 3159 0000 00
BIC: OSDDDE81XXX

Postbank
IBAN: DE 77 8601 0090 0001 0359 03
BIC: PBNKDEFF

Dr.-Külz-Ring 19 · 01067 Dresden
Telefon (03 51) 4 88 20 00
Telefax (03 51) 4 88 20 05

Sie erreichen uns über die Haltestellen:
Prager Str. und Pirnaischer Platz
Öffnungszeiten:
Mo-Do 9-18 Uhr
Fr 9-15 Uhr

Deutsche Bank
IBAN: DE 81 8707 0000 0527 7777 00
BIC: DEUTDE8CXXX

Commerzbank
IBAN: DE 76 8504 0000 0112 0740 00
BIC: COBADEFFXXX

E-Mails:
oberbuergemeister@dresden.de
stadtverwaltung@dresden.de-mail.de
www.dresden.de

Für Menschen mit Behinderung:
Parkplatz, Aufzug, WC

Elektronische Dokumente mit qualifizierter elektronischer Signatur können über ein Formular eingereicht werden. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, E-Mails

an die Landeshauptstadt Dresden mit einem S/MIME-Zertifikat zu verschlüsseln oder mit DE-Mail sichere E-Mails zu senden.
Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.dresden.de/kontakt.

Am 3. Dezember 2018 fand eine Bürgerwerkstatt statt, bei der interessierte Dresdnerinnen und Dresdner ihre Ideen und Anregungen zum neuen Verwaltungszentrum einbrachten. Im Vordergrund der Beteiligung standen die Wünsche und Erwartungshaltungen der Bürgerinnen und Bürger an ein modernes Verwaltungsgebäude für eine Stadtverwaltung der Zukunft. Rund 60 Dresdnerinnen und Dresdner brachten ihre Vorstellungen und Wünsche zum Neubau des Verwaltungszentrums auf dem Ferdinandplatz ein.

Im Nachgang zur Bürgerwerkstatt konnten im Rahmen eines Online-Dialogs vom 4. bis 18. Dezember 2018 Beiträge eingebracht werden. Die Bürgerinnen und Bürger reichten insgesamt 82 Beiträge und 59 Kommentare mit insgesamt 2442 Bewertungen ein.

Die Dresdnerinnen und Dresdner konnten sich nun als fester Bestandteil des eigentlichen Vergabeverfahrens in einer Online-Umfrage vor der Juryentscheidung zu beiden Wettbewerbsbeiträgen äußern. Gefragt war ihre Meinung zum äußeren Erscheinungsbild. Fast 5.900 Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich und sprachen sich mit einer deutlichen Mehrheit für den Wettbewerbsbeitrag aus, der auch die Jury überzeugte.

Umfangreiche Festlegungen für den Baukörper, wie zum Beispiel geschlossene Bauweise, ein Baukörper, maximale Höhe von 34 Meter, 70 Prozent Dachbegrünung, Photovoltaik, Mindesttraufhöhe von 22 Meter, Lage der Zufahrten etc., waren darüber hinaus durch den Bebauungsplan B3027-A bereits vorgegeben.

Der Bebauungsplan Nr. 3027 A, Dresden-Altstadt I Nr. 52, lag mit seiner Begründung vom 28. Oktober bis einschließlich 6. Dezember 2019 in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Dresden World Trade Center, Erdgeschoss, Ausstellungsraum des Stadtmodells, Ammonstraße 70, 01067 Dresden öffentlich aus. Während der öffentlichen Auslegung hatte jeder die Möglichkeit, Einsicht in den Entwurf des Bebauungsplanes zu nehmen. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes sollen folgende Ziele angestrebt werden:

- bauliche Wiedernutzbarmachung einer innerstädtischen Brachfläche
- Etablierung eines städtischen Verwaltungszentrums
- Entwicklung von angemessenen öffentlichen Frei- und Platzräumen
- Integration und Verflechtung von Wegebeziehungen zwischen Prager Straße über den Ferdinandplatz
- zum Altmarkt (Nord-Süd) und der Anbindung von der Prager Straße über den Georgplatz an das Plangebiet der Lingnerstadt (Ost-West)
- Berücksichtigung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes 2030 – Dresden zur energieeffizienten Stadt

Hintergrund:

Auf dem Ferdinandplatz soll bis 2025 das Neue Verwaltungszentrum entstehen. Die Dresdnerinnen und Dresdner erhalten so eine zentrale Anlaufstelle und kurze Wege bei Grundstücksanfragen, Bauanträgen oder Anliegen zu Mobilität und Klimaschutz. Mit der Wirtschaftsförderung und dem Fundbüro sind zwei weitere wichtige und häufig nachgefragte Dienstleistungen an diesem Ort zu finden. Die Agora als zentraler Empfangs- und Begegnungsraum ermöglicht den persönlichen Kontakt zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung und schafft einen Raum für bürgerschaftliches Engagement.

Die Landeshauptstadt Dresden plant für die Unterbringung der städtischen Ämter bis 2030 drei zentrale Verwaltungsstandorte. Dazu gehören das Neue Rathaus am Dr.-Külz-Ring, das Rathaus in der Theaterstraße und ein neu zu errichtendes Verwaltungszentrum am Ferdinandplatz. Die Verwaltungsstandorte werden gemäß Stadtratsbeschluss V1940/17 „Verwaltungsunterbringung 2030 - Ziele und Standortkonzept für das Stadtzentrum“ vom 22. März 2018 möglichst im Stadtzentrum konzentriert, um eine hohe Flexibilität für Veränderungen zu ermöglichen sowie die bisherigen Mietobjekte weitestgehend durch eigene Objekte abzulösen. Während der brand-schutztechnischen Sanierung des Neuen Rathauses am Dr.-Külz-Ring müssen rund 650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter interimweise anderenorts untergebracht werden. Der Mietvertrag der Grunaer Straße 2 und der St. Petersburger Straße 9 läuft nur noch bis 31. Dezember 2025 und kann weiterhin bis 30. September 2021 zum 30. Juni 2022 durch den Vermieter sondergekündigt werden. Der Vertrag Lingnerallee 3 ist unbefristet mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Quartalsende. Das Lingner-Areal beherbergt derzeit rund 900 Mitarbeiter, für die auf einem angespannten Büromietmarkt Arbeitsplätze gefunden werden müssten.

Am 3. Mai 2019 wurde im EU-Amtsblatt das Vergabeverfahren für einen „Totalunternehmerauftrag für den Neubau eines Verwaltungszentrums, Ferdinandplatz, Dresden“ (Nr. 2019-65-00071) mit nachfolgendem Inhalt veröffentlicht:

../.. Die Landeshauptstadt Dresden plant die Neuerrichtung eines Verwaltungszentrums am Standort Ferdinandplatz, Dresden. Hierzu sind alle erforderlichen Planungs- und Bauleistungen bis zur schlüsselfertigen Übergabe durch einen Totalunternehmer zu erbringen. Neben dem Neubau sind ebenfalls die Planung und Bauausführung für die Freianlagen, die verkehrs- und medientechnische Erschließung sowie für die unterirdischen PKW-Stellplätze Teil der zu beauftragenden Leistung. Das Grundstück wird durch den Auftraggeber gestellt. Es ist vorgesehen, das Verfahren als Wettbewerblichen Dialog durchzuführen. Zentrales Thema des Wettbewerblichen Dialoges ist die Umsetzung der Anforderungen an die modernen Arbeitswelten. Durch den Auftraggeber wird eine Kostenobergrenze für die Errichtung des Neuen Verwaltungszentrums von 116 Mio. EUR brutto festgelegt. ../..

Das Vergabeverfahren wurde mit der finalen Jurysitzung am 25. Januar 2021 beendet und steht kurz vor der Zuschlagserteilung. Nach juristischer Einschätzung liegen keine gesetzlich normierten Aufhebungsgründe gem. § 17 EU VOB/A vor, weshalb eine Aufhebung des Verfahrens rechtswidrig wäre. Den Bietern stünden deshalb Schadensersatzansprüche zu.

Weiterhin wurden durch die Stadtverwaltung Dresden für vorbereitende Maßnahmen, wie zum Beispiel den Tiefbau, die Archäologie, Umsetzung unterirdische DREWAG-Bauwerke, Kauf eines Grundstücks, Gutachter und Berater sowie die eigentlichen Verfahrens- und Personalkosten etwa 10 Millionen Euro investiert.“

Abschließend möchte ich Sie darauf hinweisen, dass die Zuschlagserteilung im o. g. Vergabeverfahren inzwischen erfolgt und der Vertrag geschlossen worden ist.

Mit freundlichen Grüßen



Klepsch
Vorsitzende